Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

Insertionspreis [illegible] Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis [illegible] Pfg., Reklamen [illegible] Pfg., alles mit [illegible]% Teuerungszuschlag. Zeitraub und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsätzen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. [illegible] Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Strikte Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 160. | Freitag den 12. Juli 1918 | **77. Jahrg.**

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Ein mißlungener Angriffsversuch von 6 amerikanischen Flugzeugen auf Koblenz.

Der Ministerwechsel.

Die Juliluft scheint in Deutschland den Ministern nicht zu bekommen. Im vorigen Jahre war es Herr v. Bethmann Hollweg, der ihrer gewitterschwangeren Schwüle unterlag, trotzdem er bis zum letzten Augenblick als der starke Mann zu erscheinen suchte, der er im Grunde seines Wesens nicht war. In diesem Jahre folgt ihm, fast genau auf den gleichen Tag, Herr v. Kühlmann in die Versenkung, unter Begleitumständen, die sein Wiederauftauchen zu späterer Zeit und auf anderem Posten eigentlich ebenso unglaubhaft erscheinen lassen wie es bei dem früheren Reichskanzler der Fall ist. Sein unmittelbarer Nachfolger, Herr Dr. Michaelis, verwaltet heute als Oberpräsident die Provinz Pommern; die Herren v. Bethmann Hollweg und Dr. v. Kühlmann dürften dagegen dauernd im Privatleben, dem sie nach längerer oder kürzerer Amtstätigkeit wiedergegeben sind, bleiben.

Aber das sind Nebenfragen, die heute keine Bedeutung haben. Heute steht einzig und allein die Sorge im Vordergrunde, ob und wie wir diesen neuen Ministerwechsel in einem Augenblick voller politischer Hochspannungen überstehen werden. Einmal nach außen hin, wo man sich gewöhnt hat, in Herrn v. Kühlmann den Hauptträger der Verständigungsströmungen in Deutschland zu erblicken, den man zwar um deswillen nicht weniger abweisend behandelte, so oft er Friedensfühler ausstreckte, an den aber doch diejenigen Friedensfreunde im Lager unserer Feinde sich hielten, die den Mut zur Vertretung ihrer Anschauungen noch nicht ganz und gar verloren hatten. Nun, ehrlich ist zu sagen, daß Herr v. Kühlmann bei allem seinem Hervortreten in der großen Öffentlichkeit doch immer nur einer der Staatssekretäre des Reichskanzlers gewesen ist; der wichtigste seiner politischen Mitarbeiter, zweifellos, aber doch eben nur sein Mitarbeiter. Die maßgebenden Richtlinien unserer auswärtigen Politik wurden vom Grafen Hertling als dem einzigen, nach der Verfassung verantwortlichen Reichsbeamten, im Einvernehmen mit dem Kaiser selbstverständlich und mit der Obersten Heeresleitung, die uns den Sieg über eine Welt von Feinden verbürgt, festgelegt, und der Reichskanzler hat an diesen Sachverhalt wiederholt vor allem Volke nachdrücklich erinnert, als der Anschein entstanden war, als wären ihm die Fäden der politischen Geschäftsführung vorübergehend zum mindesten in dem Wirrsal dieser Kriegserscheinungen entglitten. Was Herrn v. Kühlmann jetzt zum Verhängnis geworden ist, war nicht etwa seine Friedenssehnsucht, von der sich wohl kein Mensch in Deutschland — und auch sonst auf der ganzen Welt — frei fühlen wird. Der Vorwurf, der ihn trifft, besteht darin, daß er die vom Kanzler festgelegte und von ihm selbst gebilligte Politik in ungeeigneter Form öffentlich vertreten hat. Ob dabei bewußte Absicht oder persönliches Mißgeschick obgewaltet hat, kommt für die sachliche Beurteilung des Falles nicht in Frage. Für sie muß es genügen, daß Herr v. Kühlmann durch den Ton und auch durch den Inhalt seiner letzten Reichstagsrede die Ziele gefährdet hat, zu denen er sich vorher dem vorgesetzten Kanzler gegenüber ausdrücklich bekannt hatte. Bleibt also Graf Hertling auf seinem Posten, so wird auch an der bisherigen Politik unserer Reichsleitung nichts geändert, und die Entlassung des Herrn v. Kühlmann ist gerade ein Beweis dafür, daß an diesen Grundlagen unserer Politik niemand rütteln darf, und sei er auch noch so hochgestellt. So liegen die Dinge, das Ausland mag dazu sagen, was es will.

Aber auch für unsere innerstaatlichen Verhältnisse gilt das gleiche: es bleibt alles, wie es war — wenigstens soweit der Wille der Reichsregierung dabei entscheidend ist. Hier bietet nicht nur das Verbleiben des Grafen Hertling an der Spitze der Reichsleitung die Gewähr dafür, daß keinerlei Kursänderung beabsichtigt wird. Auch Herr v. Payer würde unzweifelhaft sofort seine Koffer packen, wenn etwa mit Herrn v. Kühlmann die innere Verständigungspolitik fallen gelassen werden sollte, die dem schwäbischen Demokraten die Übernahme seiner hohen Reichsstellung ermöglichte. Davon ist in Wirklichkeit gar keine Rede. Herrn v. Payer scheint es denn auch in Wirklichkeit bereits gelungen zu sein, die Parteien der Linken über den Grund und den Sinn des Ministerwechsels einigermaßen zu beruhigen. Die Aufregung des ersten Augenblicks hat wieder vernünftigen Überlegungen Platz gemacht, und man zeigt sich bereit, den Kanzler und seinen neuen Staatssekretär über ihre Ziele und Absichten zu hören und sich erst nachher ein abschließendes Urteil über die letzten Vorgänge zu bilden. Das ist ein billiges Verlangen, gegen das niemand etwas einwenden kann. Das Recht des Kaisers, seine Berater nach freier Wahl zu bestimmen, darf und soll nicht angetastet werden und es war nach gewissen Vorgängen des vorigen Jahres zum mindesten nicht überflüssig, daß Graf Hertling von diesem Kronrecht einen weithin sichtbaren Gebrauch machte.

Aber auch der deutschen Volksvertretung soll und muß natürlich ihr Recht werden. Sie wird sich sehr bald davon überzeugen, daß die Regierung nicht daran denkt, es ihr zu verkürzen, und so darf man hoffen, daß auch dieser Julisturm vorübergehen wird, ohne das feste Gefüge unseres Reiches auch nur im geringsten erschüttern zu können.

Nachklänge.

Von einem politischen Mitarbeiter.

-*dl.* **Berlin**, 10. Juli.

Herr v. Kühlmann hat, alles in allem genommen, bei seinem Abgang, abgesehen von den Blättern, die ihn seit je heftig befehdeten, eine leidliche Presse, die sich sichtbar bemüht, dem scheidenden Staatsmann gerecht zu werden. Einen auffallend warmen Nachruf widmet ihm die Nordd. Allg. Ztg., die von ihm sagt, er galt, nach Bismärckischem Wort, als das letzte Pferd im Stall der deutschen Diplomatie und ihren Nachruf mit den Worten schließt: „Die auswärtige Politik seiner Amtszeit und seine persönliche Verantwortung dafür haben zum Teil leidenschaftlich Gegnerschaft gefunden, ein Zeichen, daß eine ausgeprägte Persönlichkeit ihren Tagen den Stempel aufdrückte. Schwache Erscheinungen in der Politik pflegen keine heftigen Anfeindungen hervorzurufen. Tiefere Einsicht in die Ereignisse unserer Tage wird, soweit es heute noch nicht geschieht, auch den großen sachlichen Verdiensten Herrn v. Kühlmanns gerecht werden."

Daß sich an den Namen Kühlmann gewisse Hoffnungen weiter Kreise innerhalb des Reichstages knüpften, geht aus der Erregung hervor, die der unerwartete Wechsel im Auswärtigen Amt ausgelöst hat. Insbesondere wird die Frage vielfach besprochen, ob in der Tat, wie amtlich versichert wird, der Kurs der alte bleiben soll. Der Vorwärts glaubt daran zweifeln zu sollen. „Daß Hertling ohne Kühlmann nie Kanzler geworden wäre, so schreibt das Blatt, ist ziemlich allgemein bekannt. Herr v. Kühlmann hat das Vertrauen, das er damals bei der Linken besaß, dazu benutzt, um für Hertling zu wirken. Hier aber sprachen alle sachlichen Erwägungen dafür, daß Kühlmann nicht, wenigstens nicht jetzt und nicht zur Strafe für eine allzu wahrheitsliebende Rede entlassen werden dürfe. Trotzdem zerschnitt der Kanzler ruhig das Seil, das ihn mit dem Kanzlermacher verband." Und weitere Kreise folgern daraus, daß die auswärtige Politik künftig anderen Richtlinien folgen werde wie bisher. Je nach dem Parteistandpunkt wird dieser vermutete Wandel begrüßt oder verurteilt. Die Leipz. N. N. geben den Hoffnungen ihrer Kreise mit den Worten Ausdruck: „Wir brauchen endlich einen Staatssekretär, der deutsche Politik machen kann. Dazu muß er vor allen Dingen außerhalb der Gedankengänge derer um Lichnowsky stehen, die in Hindenburg nur so etwas wie den Reichshausknecht erblicken, der den Landesfeind hinauszuwerfen und am Wiederkommen zu hindern hat. Wir brauchen einen Staatssekretär, der seine politischen Erfolge nicht trotz der deutschen Waffenerfolge sucht, sondern mit ihnen, getragen von ihnen."

Daß man einen Kurswechsel vermutet und den plötzlich genehmigten Rücktritt Kühlmanns nur durch ihn zu erklären versucht, kam in dem Beschlusse des Reichstags zum Ausdruck, die Kriegskredite dem Hauptausschuß zu überweisen. Graf Hertling hat allerdings in der Depesche, in der er dem Vizekanzler Herrn v. Payer aus dem Hauptquartier die Entlassung Herrn von Kühlmanns und die voraussichtliche Berufung Herrn von Hintzes mitteilte, erklärt, daß seine Politik unverändert bleibe. Indessen die Umstände, die zum Rücktrittsgesuch Herrn von Kühlmanns führten, lassen der Mehrheit des Reichstags die Frage berechtigt erscheinen, ob der Kanzler noch zu der Politik stehe, die er — mit tatkräftiger Unterstützung Herrn von Kühlmanns, der damals ja schon im Amte war — ausdrücklich angenommen und durchzuführen versprochen hat. Graf Hertling wird nun am Donnerstag, spätestens Freitag, vor dem Hauptausschuß erscheinen, um seine Stellungnahme zu rechtfertigen. Es steht also im Hauptausschuß — und im Anschluß daran wahrscheinlich auch im Reichstag selbst — eine große politische Aussprache bevor. Sie wird Klarheit über die Stellung der Mehrheitsparteien zur Regierung bringen, sie wird vor allem gleich darüber entscheiden, ob Herr von Payer, der als Vertrauensmann der Mehrheit den Vizekanzlerposten übernahm — im Amte bleibt.

Herr v. Kühlmann hat sich unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Großen Hauptquartier von seinen Mitarbeitern verabschiedet, und wird sich auf sein bayerisches Gut begeben, um sich zu erholen. Die Geschäfte führt bis zur Ernennung des neuen Mannes der stellvertretende Staatssekretär Herr v. d. Bussche-Haddenhausen. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß Herr v. Kühlmann sich ins Große Hauptquartier begeben hatte, um über die durch die Ermordung des Grafen Mirbach in Moskau geschaffene Lage zu beraten. Der Staatssekretär empfing bei der Besprechung aber den Eindruck, daß er nicht mehr der Mann des unbedingten kaiserlichen Vertrauens war und so nahm er sofort seinen Abschied, d. h. er setzte einen sehr lange gefaßten Entschluß in die Tat um, obwohl er, wie es heißt, gebeten wurde, zunächst die Erledigung der Kriegskredite abzuwarten . . .

Der neue Mann, Admiral v. Hintze, wird von allen Parteien mit abwartender Zurückhaltung empfangen. Man weiß von ihm nichts, als daß er sich in diplomatischen Sendungen bewährt hat, und daß der Kanzler sich dafür verbürgt, daß der Kurs auch unter Herrn v. Hintzes Leitung der alte bleibt.

Der russische Hexenkessel.

Zusammenbruch englisch-französischer Hoffnungen.

Kopenhagen, 10. Juli.

Die Moskauer Regierung gibt bekannt, daß der Putsch der Sozialrevolutionäre in Moskau endgültig niedergeschlagen ist. Über 1000 Aufrührer und Agenten Englands und Frankreichs wurden verhaftet. Die Stadt ist ruhig. Aus Moskau wird gemeldet, die Sowjets würden nunmehr den Vierverband als Feind der russischen Freiheit erklären. Sie rufen bereits das Volksheer zum Schutz mit den Waffen gegen die ehemaligen Verbündeten auf.

In der allrussischen Sowjetversammlung trat Trotzki für die sofortige Aufstellung einer großen und starken Armee ein. Rußland, sagte er, stehe wieder im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht. Die Enttäuschung des Verbandes über den Zusammenbruch des Moskauer Streiches macht sich in Wutschreien der Londoner und Pariser Presse Luft. Sie fordern ein aktives Vorgehen über die Murmanküste gegen die Bolschewisten.

10 000 Franzosen gelandet.

Stockholm, 10. Juli.

Im Hafen von Archangelsk landeten etwa 10 000 Franzosen und Serben. Der kommandierende General erklärte, er wolle Stadt und Land vor einem Überfall deutscher Kriegsgefangener schützen.

Das Amtsblatt der Sowjetregierung fordert die Russen auf, die Eindringlinge aus Rußland zu vertreiben. Die Bolschewisten sammeln ein Heer von einer halben Million Mann gegen die Engländer an der Murmanküste. Die Eisenbahnlinien dahin sind militärisch besetzt. Der gesamte diplomatische Brief- und Drahtverkehr des Verbandes aus Rußland wird von Bolschewisten nachgeprüft.

Die Sowjetregierung untersagte dem englischen Gesandten, der in Wologda mit anderen Verbandsdiplomaten die sowjetfeindliche Gegenrepublik ausrufen ließ, die Reise von Wologda nach Archangelsk. Der Befehlshaber der britischen Kriegsschiffe vor Archangelsk erhielt aus London Anweisung, die Murmanküste gegen die Bolschewisten zu schützen.

Kleinkrieg im Innern.

Der Krieg gegen die aufrührerischen Tschecho-Slowaken ist noch immer unentschieden. In der Richtung Jekaterinburg—Tscheljabinsk rücken die Rätetruppen gegen Tschechen und Kosaken siegreich vor, ebenso in der Richtung auf Tobolsk. Der Führer der Tschechow-Slowaken, Oberst Hurbein, reiste über Wladiwostok nach Amerika. Aus Wladiwostok werden heftige Straßenkämpfe zwischen Bolschewisten und Tschechen gemeldet.

Trauerfeier für den Grafen Mirbach.

Kiew, 10. Juli.

In Moskau fand im Hause der deutschen diplomatischen Vertretung eine Trauerfeier am Sarge des ermordeten Botschafters statt, dann wurde der Sarg zur Überführung nach Deutschland auf den Bahnhof gebracht. Dort sprach der Vertreter der Sowjetregierung, Tschitscherin, in deren Namen „die tiefe Teilnahme der Republik zum Tode des edlen Mannes aus, der für die Sache des Friedens gestorben war".

Dadurch hat die Sowjetregierung aufs neue betont, daß Graf Mirbach im Gegensatz zu den Lügen der Ententeblätter ein wahrer Freund des russischen Volkes gewesen ist, und daß der Meuchelmord einzig und allein dem Verband Mittel zum Zweck war, Rußland mit Deutschland zu verfeinden.

Englische Eingeständnisse.

Der englische Schiffbau ist, wie die „Times" zugeben, im Kampfe gegen die Versenkungen durch deutsche U-Boote unterlegen. Auch der „Manchester Guardian" schreibt,

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

England sei über das Nachbleiben des Baues von Frachtraum gegenüber den Versenkungen furchtbar enttäuscht. Die Verluste, bemerkt das Blatt, betrugen im Mai nach amtlichen Angaben 355694 Tonnen, davon 224735 Tonnen britischen Schiffsraums und 130959 Tonnen von den Verbündeten. Diese Ziffern sind ziemlich ganz dieselben, wie sie in jedem Monat dieses Jahres waren, und sie gefallen uns um so weniger, weil man uns doch gesagt hat, daß jetzt mehr U-Boote versenkt werden als die Deutschen herausbringen. — Gegenüber den deutschen monatlichen Versenkungsziffern betrug, wie aus London gemeldet wird, der Tonnengehalt der in England im Juni erbauten Schiffe nur 134159 gegen 197274 im Mai!

Kleine Kriegspost.

Berlin, 10. Juli. Die ersten Züge zur Durchführung des Austausches von kriegsgefangenen Offizieren und Mannschaften zwischen Deutschland und Frankreich werden am 12. bezw. 15. und 18. Juli verkehren.

Vom Tage.

Etwas Haarsträubendes hat die „Pall Mall Gazette" entdeckt. Sie läßt sich also vernehmen: „Mit Erstaunen und Abscheu bemerkt man, daß in vielen Blumenläden **Kornblumen** verkauft werden. Das ist Deutschlands Nationalblume! Geht man in den Laden hinein, so kann man überdies erleben, daß Engländer diese Blumen kaufen, ja sogar nach ihnen fragen, wenn sie nicht im Schaufenster stehen!" Da hört aber doch alles auf! Kann man sich etwas Verruchteres denken als einen Engländer, der im vierten Kriegsjahre Kornblumen kauft? Müßte ein solcher Landesverräter nicht einfach an die Mauer gestellt und niedergeknallt werden? Im übrigen: warum werden die landesfeindlichen **Kornblumen nicht einfach** mit Stumpf und Stiel ausgerodet?

•

Herr Nelson Page, amerikanischer Botschafter in Rom hielt dieser Tage am Orte seines glorreichen Wirkens eine Rede, in der er in der üblichen Weise uns Deutsche als Feinde der Menschheit, heimtückische Tiger, die der ganzen Welt an die Kehle gesprungen seien, und sonst noch was bezeichnete. Dann prägte er, sozusagen als Krönung seiner schön aufgebauten Ansprache, den wundervollen Satz: „Deutschland warf sich auf die Welt, die in vollem Frieden lebte, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, ein Blitz, der sich aus tausend Todes- und Zerstörungswerkzeugen zusammensetzte, um eine Sintflut des Schreckens über die friedfertige Welt zu ergießen." Das ist ein wahrhaft erhabenes Bild: ein kombinierter Blitz, der sich plötzlich als Regenmaschine entpuppt und eine Sintflut losläßt. Diese Sintflut scheint bedauerlicherweise auch Herrn Nelson Pages Denkvermögen weggeschwemmt zu haben!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Über das **Ergebnis der Besitz- und Kriegssteuer-Veranlagung** liegen noch keine endgültigen Zahlen vor. Die vorläufige Berechnung, die dem Reichstag jetzt zugegangen ist, schätzt die Veranlagung auf 31. Dezember 1916 im Deutschen Reich für die Besitzsteuer auf 294 486 789 Mark und für die Kriegssteuer auf 5 585 184 059 Mark. Nach den bisherigen Erfahrungen wird noch mit Zugängen zu rechnen sein, die bei Berücksichtigung der Abgänge das schließliche Gesamtergebnis schätzungsweise immerhin um 150 bis 200 Millionen Mark bei der Kriegssteuer erhöhen werden.

+ Einen gewissen Erfolg hat der **Streik der Börse** insofern erzielt, als die Reichstagsparteien beschlossen, anstatt einer Börsensteuer von 2 auf 1000 Mark, die während des Krieges auf 5 erhöht werden sollte, den Friedenssatz von 2 beizubehalten und ihn während des Krieges auf 3 zu erhöhen. Darüber hinaus kann der Bundesrat ihn auf 4 erhöhen oder auf 2 ermäßigen.

Großbritannien.

× Die britischen Blätter bringen allerlei dunkle Nachrichten über die **Gärung in Südafrika und Indien**. So meldet der Kapstadter Berichterstatter der „Times" sehr vorsichtig über einen drohenden Streik der eingeborenen Arbeiter im südafrikanischen Randgebiet, über das Fortschreiten der republikanischen Propaganda mit einem religiösen Einschlag, über Unruhen unter den armen weißen Holländern und über eine Werbearbeit unter den Gewerkschaften in Südafrika mit englischen Rebellenmitgliedern. Aus Kalkutta wird gemeldet, daß die Inder Selbstverwaltung als Entgelt für die Anwerbung von indischen Soldaten für das englische Heer verlangen und Amerika zum Einschreiten veranlassen wollen. In der Provinz Madras waren Hungerrevolten.

Norwegen.

× Die norwegischen Blätter beklagen sich bitter darüber, daß **die norwegischen Reeder von den Amerikanern hineingelegt** würden. Die Reeder haben während des Krieges sich als eifrige Parteigänger des Verbandes gezeigt, fette Dividenden eingeheimst und in ihren Blättern wütend gegen Deutschland gehetzt. Jetzt haben aber die Vereinigten Staaten 180 000 Tonnen norwegischer Neubauten auf den amerikanischen Werften beschlagnahmt und das „Morgenbladet" jammert, daß die norwegischen Eigentümer nicht einmal die Zinsen ihrer in der amerikanischen Schiffsbauindustrie angelegten 150 Millionen Kronen erhalten können. Und so geht die Freundschaft für Amerika langsam aber sicher in die Brüche.

Polen.

× In den politischen Kreisen Polens, so behauptet ein Berliner Blatt, dränge man auf baldige **Lösung der polnischen Königsfrage**. Die polnischen Parteien hätten fünf Kandidaten genannt, denen man die Krone anbieten wolle, nämlich Prinz August Wilhelm von Preußen, bei dem die Frage der Religion zu erwägen bliebe, Erzherzog Karl Stephan, Herzog Albrecht Eugen, dem zweiten Sohn des Prinzen Albrecht von Württemberg, Prinz Friedrich Christian, dem zweiten Sohn des Königs von Sachsen, und Prinz Kyrill, dem zweiten Sohn des Königs von Bulgarien.

Rußland.

× Das russische Kommissariat für Handel und Industrie hat beschlossen, rund **15 Milliarden als Ersatz für Kriegsschäden an Deutschland** zu zahlen. Die Summe ist von einer russischen Kommission festgesetzt worden. Deutschland, das starken Bedarf an russischen Rubeln für die Zwecke des Warenaustausches hat, besteht darauf, daß die 15 Milliarden in russischem Gelde bald ausbezahlt werden.

Deutscher Reichstag.

(188. Sitzung.) CB. Berlin, 10. Juli.

In den Wandelgängen des Reichstags wie auf den Tribünen zittert noch immer die Erregung über die Krise im Staatssekretariat des Äußern nach. Indessen, man war heute im fast leeren Hause schon ruhiger als gestern. Hatte doch am Vormittag im Hauptausschuß Vizekanzler v. Payer erklärt, der Reichskanzler werde morgen vor dem Hauptausschusse Bericht über die inner- und außenpolitische Lage erstatten. Die Fortsetzung der Erörterung der Steuervorlagen vollzog sich dann auch in ruhigen Bahnen, nur unterbrochen von einem Antrag der Parteien, den Aktienstempel auf 3 v. T. festzusetzen.

Sitzungsbericht.

Am Bundesratstisch: Graf Roedern, Schiffer.

Die Beratung der Steuervorlagen wird fortgesetzt bei dem Gesetzentwurf betreffend

Abänderung der Stempelsteuer.

Der Ausschuß hat an den Sätzen der Regierung eine Reihe von Änderungen vorgenommen. In der allgemeinen Aussprache zu Artikel 1 erklärt Abg. **Bernstein** (U. Soz.): Meine Freunde werden die reinen Verkehrssteuern ablehnen, dagegen die Kapitalsteuern unter Vorbehalt der Prüfung im einzelnen annehmen.

Die ersten 5 Artikel werden ohne weitere Erörterung erledigt. Zu Artikel 6, der die Börsenumsatzsteuer bringt, liegt ein von den Abgg. **Gröber** (Ztr.), **Keil** (Soz.), **Dr. Müller-Meiningen** (Vp.), **Dr. Stresemann** (natl.), **Warmuth** (Dtsch. Fr.) und **Westarp** (kons.) unterzeichneter Antrag vor, der den Börsenumsatzstempel auf 2 v. T. und für die Kriegszeit auf 3 v. T. festlegen will. Der Bundesrat wird ermächtigt, im Bedarfsfalle während der Kriegszeit die Sätze auf 4 v. T. zu erhöhen, bezw. auf 2 v. T. zu ermäßigen.

Abg. **Keil** (Soz.) berichtet eingehend über die Verhandlungen im Ausschuß. Die Bewegung, die sich der Börse in den letzten acht Tagen bemächtigt hat, hat zu maßlosen Übertreibungen geführt. Sogar zu einem Börsenstreik ist es an zwei Plätzen gekommen. Den Satz von 3 v. T. als Börsenumsatzsteuer (auch für Kriegsanleihe) während der Kriegszeit hielten so ziemlich alle Mitglieder des Ausschusses für durchaus gerecht und erträglich. Der vorliegende Kompromiß-Antrag wird ja wohl die Mehrheit des Hauses finden. Der höhere Stempel wird die Spekulation nicht einschränken.

Abg. **Dr. Pfleger** (Ztr.): An der Aufregung der Börse ist die Regierung nicht unschuldig, weil sie die Erhöhung des Aktienstempels mit börsenpädagogischen Gründen belegte.

Abg. **Dove** (Vp.) wendet sich gegen den Abg. Keil. Wir sind von der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Börse überzeugt, die nach dem Kriege noch größer sein wird als jetzt.

Abg. **Zimmermann** (natl.) tadelt die geplante Besteuerung der Kriegsanleihen.

Abg. **v. Brockhausen** (kons.): Unsere Zustimmung zu 5 v. T. war nur bedingt.

Abg. **Warmuth** (Dtsch. Fr.): Wir stimmen dem neuen Antrag nur schweren Herzens zu, in der Hoffnung, daß der Bundesrat ohne falsche Rücksicht wieder auf den früheren Satz hinaufgehen wird.

Abg. **Bernstein** (U. Soz.): Der Gedanke, daß durch die neue Steuer die Spekulation getroffen wird, ist haltlos.

Abg. **Dr. Rießer** (natl.): Auch wir warnen vor der übermäßigen Anspannung der Börsensteuer.

Der Artikel wird angenommen. Die Abstimmung über die Steuersätze erfolgt bei Artikel 26.

Die Tantiemensteuer wird unverändert angenommen. Bei § 7 beantragen die Sozialdemokraten, die Einnahmen aus den Fideikommissen mit einer Sondersteuer von 10 % zu belegen. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 133 Stimmen (Sozialdemokraten und Fortschrittler) abgelehnt.

Nach langer weiterer Aussprache, die sich wieder bis in die späten Abendstunden hineinzieht, wird der Kompromißantrag angenommen und die Börsensteuervorlage in dieser Form verabschiedet.

Weiterberatung der Steuervorlagen morgen.

Deutscher U-Kreuzer vor Monrovia.

Es war eine ruhige, klare Tropennacht, als sich „U . ." der Reede von Monrovia näherte, der Hauptstadt des mit dem Deutschen Reiche auf zwingenden Druck der Entente hin im Kriegszustand befindlichen, an der westafrikanischen Küste eben nördlich des Aequators gelegenen Negerfreistaates Liberia.

Ahnungslos und mit brennenden Lichtern in allen Häusern und auf allen Straßen lag der Platz da. Auf der Reede schaukelte sanft das einzige Kriegsfahrzeug der Liberianer, ein kleiner, mit zwei leichten Schnellfeuergeschützen armierter Motorschoner.

Das war, wenn auch nur ein kleiner, so doch ein ganz appetitlicher Bissen für unseren U-Kreuzer. Das Beiboot aussetzen und die Entergruppe hinüberschicken, war Sache kurzer Minuten.

Geräuschlos näherte sich das Boot dem Feind, und es gelang vollkommen überraschend, das Fahrzeug zu entern. Die verblüffte Besatzung leistete nicht den geringsten Widerstand, sondern rettete sich durch Ueberbordspringen und Schwimmen nach der nahen Küste, trotz der dort wimmelnden Haie. Das Fahrzeug wurde von „U . ." auf tiefes Wasser geschleppt und dort versenkt. Die Kanonen und eine große Zahl von Gewehren nahm der U-Kreuzer vorher zu sich an Bord. Die Ankunft der Besatzung des Liberianers an Land machte sich bald durch wahrnehmbare Aufregung und Unruhe in der Stadt bemerkbar.

Bei Tagesanbruch lag „U . ." mit stolz wehender Flagge wieder dicht unter Monrovia, als sich ihm ein elegantes Motorboot unter Parlamentärflagge näherte. Dem längsseit genommenen Boot entstiegen mehrere sehr gut aussehende und vollkommen europäisch gekleidete Herren, die sich als Vertreter der liberianischen Regierung auswiesen. Sie baten im Auftrage ihres Regierungsoberhauptes den Kommandanten, doch von feindseligen Handlungen abzusehen, da das Land wider den Willen der Regierung und der ganzen Bevölkerung, lediglich durch den Druck der Entente in den Kriegszustand mit Deutschland gedrängt worden sei.

Die liberianischen Regierungsvertreter musterten voller Interesse das Oberdeck des U-Kreuzers in allen seinen Einzelheiten, sonderlich die machtvolle Armierung.

Mit lebhaftem Erstaunen vernahmen sie die Aeußerungen des deutschen Kommandanten über die Kriegslage, die von der sich bis dahin in ihren Köpfen abspiegelnden naturgemäß erheblich abwich.

Ihre Versicherung, daß sie nur gezwungen in den Krieg gegen das deutsche Reich eingetreten seien, klang durchaus glaubhaft und dürfte nicht nur in diesem Falle, sondern auch bei manchem anderen unserer zahlreichen Feinde, insonderheit den süd- und mittelamerikanischen Republiken und China, zutreffen.

Der Kommandant von „U . .", dessen Befehle Beschießungen von Ortschaften ohne militärischen Zweck verboten, erklärte, von Maßnahmen gegen die Stadt absehen zu wollen, aber die an Land befindliche wertvolle Funkenstation, die sich der Franzose, wie die an ihrem Mast wehende Trikolore zeigte, angeeignet hatte, zerstören zu müssen.

Die liberianischen Regierungsvertreter erkannten die Berechtigung solchen Vorgehens vollkommen an und man verabschiedete sich in fast freundschaftlicher Form.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

27]

Jostas Tagebuch.

keine Ahnung hatte er jedoch, wie viel er ihr in dieser Stunde genommen hatte. Er ermahnte sich nur, nachsichtig zu sein.

„Warum darf es nicht sein, Gerlinde?" fragte er sanft.

Sie sank kraftlos in den Sessel zurück und preßte das feine Spitzentaschentuch an ihren Mund, als müsse sie einen qualvollen Aufschrei zurückdrängen. In dieser Stunde erkannte sie erst voll und ganz, wie sehr sie diesen Mann liebte. So sehr liebte sie ihn, daß sie jetzt kaum daran dachte, was sie mit seiner Person zugleich aufgeben mußte. Aber sie rang verzweifelt mit sich selbst, daß sie ihre Fassung zurückeroberte, damit sie sich nicht noch mehr verriet. Jetzt durfte er keine Ahnung davon bekommen, was sie ihm vorhin nur zu gern verraten wollte, — daß sie ihn liebte.

„Warum? Mein Gott — ich bin zu sehr überrascht — so fassungslos — ich meine — ja — ich meine — ich weiß doch daß du — daß du Prinzeß Helene — die Großherzogin Albert — liebst — liebst," stammelte sie, nach einem plausiblen Grund ihres Benehmens suchend.

Er fuhr auf und in seinem Gesicht spannten sich die Muskeln. Seine Augen blickten plötzlich scharf, fast drohend.

„Wer hat dir das gesagt, Gerlinde?"

Sie biß sich in die Lippen.

„Wer — nun, das ist doch gleich," sagte sie dann tonlos.

„Nein, das ist mir nicht gleich. Das Geheimnis meines Herzens hat nie ein Mensch erfahren, außer den zunächst Beteiligten. Ich muß wissen, wer dir das gesagt hat, Gerlinde."

Sie krampfte ihre Hände zusammen. Da hatte sie eine Dummheit begangen in der Fassungslosigkeit. Zu der Kenntnis von Rainers Liebe zur Prinzessin Helene war sie nicht auf einwandfreie Weise zessin Helene war sie nicht auf einwandfreie Weise gekommen. Sie hatte sich eines Tages in Rainers Arbeitszimmer spioniert. Dabei war ihr ein Brief der Prinzessin Helene in die Hände gefallen — ihr Abschiedsbrief an ihn. Und den hatte sie gelesen. Angstvoll suchte sie nach einer Ausrede und zwang ein schattenhaftes Lächeln in ihr Gesicht.

„Rochus hat es mir eines Tages verraten, daß du Prinzessin Helene liebst, daß du heimlich mit ihr verlobt warst."

Noch immer sah er sie bleich und drohend an.

„Rochus? Woher wußte das Rochus? Ich habe es ihm nie anvertraut. Nicht einmal mein eigener Bruder hat den Namen der Dame gewußt, der mein Herz gehörte. Ich habe mich mit meinem Ehrenwort verbürgt, ihn niemand zu nennen."

Gräfin Gerlinde wußte, daß sie nur die größte Ruhe und Bestimmtheit davor schützen konnte, als Spionin entlarvt zu werden. Daß sie dabei ihren toten Gatten anklagte, in fälschlicher Weise, irritierte sie nicht.

„Rochus hat eines Tages einen Brief der Prinzessin Helene an dich auf deinem Schreibtisch gesehen, ich glaube, als er dich in Schellingen besuchte. Und den hat er zum Teil gelesen."

Graf Rainer biß die Zähne zusammen.

„Wie indiskret!" sagte er dann scharf und schneidend.

Er konnte sich nicht erinnern, ob er jemals diesen Brief hatte auf seinem Schreibtische liegen lassen. Ganz sicher war es dann nur für kurze Zeit gewesen sein, der Rochus gerade dann in sein Zimmer geführt hatte.

Gräfin Gerlinde lächelte höhnisch und bitter. Sie hatte nun wieder Oberwasser, da sie merkte, daß er ihren Worten Glauben schenkte.

„Was willst du, Rochus tat sich noch etwas darauf zugute, daß er hinter dein sorgfältig behütetes Geheimnis gekommen war. Er maß der Sache natürlich nicht so viel Wichtigkeit bei, wie du. Im übrigen kannst du ruhig sein, er hat mit keinem Menschen darüber gesprochen, als mit mir."

„Das war schon zu viel. Ueberhaupt — ich verstehe Rochus nicht und hätte ihm nie eine solche Indiskretion zugetraut. Es muß ein ganz seltsamer Zufall gewesen sein, daß er diesen einzigen Brief, den ich besitze, zu Gesicht bekommen hat, denn ich habe ihn immer streng gehütet. Es muß ausgerechnet der Moment gewesen sein, da ich den Brief aus meiner Brieftasche auf meinen Schreibtisch gelegt habe, um ihn einzuschließen."

„Ja, ja", sagte sie hastig, „so wird es gewesen sein. Du wolltest mir ja vorhin nicht glauben, daß Rochus oberflächlich war. Er hat darüber gelacht wie über einen guten Scherz. Ich habe mir gleich gesagt, daß dir das peinlich sein mußte und habe nicht nur Rochus strengstes Stillschweigen darüber zur Pflicht gemacht, sondern auch selbst es gewahrt. Du kannst also unbesorgt sein."

Graf Rainer faßte ihre Hand, die kalt und leblos in der seinen lag.

„Dafür bin ich dir zu großem Dank verpflichtet, Gerlinde, und ich möchte dich bitten, dies Stillschweigen auch in Zukunft nicht zu brechen. Nicht meinetwegen bitte ich darum, sondern wegen der Großherzogin Helene und den höchsten Herrschaften. Der Großherzog weiß nichts von jener Episode aus dem Leben seiner hohen Gemahlin."

(Fortsetzung folgt.)

Großes Hauptquartier, 11. Juli. (Wtb. Amtlich.) Eingegangen nachmittags 2 Uhr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Tagsüber mäßige Gefechtstätigkeit, die am Abend vielfach auflebte. Nächtliche Erkundungskämpfe. Ein stärkerer Vorstoß des Feindes nordöstlich von Bethune wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Lebhafte Feuertätigkeit zwischen Aisne und Marne. Erneute Teilangriffe, die der Feind aus dem Walde von Villers-Cotterets heraus führte, drückten unsere Posten in den Savieres-Grund zurück.

Von einem Geschwader von 6 amerikanischen Flugzeugen, die Koblenz angreifen wollten, fielen 5 Flugzeuge in unsere Hand. Die Besatzung wurde gefangen genommen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Bald darauf fingen dann die deutschen Kanonen an zu sprechen. Gleich der erste Treffer beschädigte den höchsten Funkenmast derart, daß die an ihm wehende Trikolore in den afrikanischen Staub sank. Dann folgte Schuß auf Schuß, bis die ganze Anlage in Schutt und Asche lag. „U . .“ setzte dann seine Kreuzfahrt fort.

Bemerkenswert ist, daß die Liberianer, von denen wohl keiner bisher ein U-Boot gesehen hatte, über das plötzliche Erscheinen des U-Kreuzers gar nicht erstaunt waren. Sie schienen längst mit dem Eintreffen deutscher U-Boote selbst in ihrer entlegenen Gegend gerechnet zu haben.

Neueste Meldungen.

Vor den Erklärungen des Reichskanzlers.

Berlin, 10. Juli. **Heute nachmittag traten die Mehrheitsparteien unter Teilnahme des Vizekanzlers v. Payer wieder zu einer Besprechung zusammen. Da der Vizekanzler erklärte, daß er sich mit dem Reichskanzler Grafen Hertling über dessen bevorstehende Erklärungen im Hauptausschuß bereits telephonisch verständigt habe, bestehen heute keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien mehr. Die Parteien dürften sich daher morgen mit kurzen Erklärungen begnügen. Die Frage der Nachfolgerschaft des Grafen Mirbach in Moskau dürfte erst entschieden werden, wenn die Ernennung des Herrn v. Hintze zum Staatssekretär des Äußern vollzogen sein wird.**

22 000 streikende Flugzeugarbeiter.

Haag, 10. Juli. Aus London meldet man, daß in den britischen Flugzeugfabriken ein Streik ausgebrochen ist. Die britische Zensur hat bisher alle Nachrichten darüber zurückgehalten. Wie jetzt verlautet, haben sich über 22 000 Arbeiter an dem Ausstand beteiligt, der immer größeren Umfang annimmt.

Verhaftung der Gegenrevolutionäre.

Schweizer Grenze, 10. Juli. Nach einem Petersburger Telegramm haben die Sowjets in Petersburg und Kronstadt die Unterstützung der Moskauer Sowjetregierung durch militärische Hilfe beschlossen. Auch in Petersburg sind die sozialrevolutionären Führer festgenommen worden.

Ein japanisches Geschwader nach Wladiwostok.

Amsterdam, 10. Juli. Nach Meldungen aus Tokio ist ein aus drei Schlachtschiffen und fünf Kreuzern bestehendes japanisches Geschwader nach Wladiwostok ausgelaufen.

Schließung der irischen Gewerkschaften.

Basel, 10. Juli. Die „Daily Mail“ meldet aus Dublin die Schließung der irischen Gewerkschaften infolge eines Erlasses des Vizekönigs wegen Vorbereitung hochverräterischer Handlungen.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Versenkungen an Englands Küsten.

Berlin, 10. Juli. Amtlich wird gemeldet: Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im nördlichen Sperrgebiet um England neuerdings **16 500** Br.-Reg.-To. feindlichen Handelsschiffsraumes versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein niederländisches Schiff vernichtet.

Haag, 10. Juli. (tu.) Das halbamtliche Korrespondenz-Büro erfährt, daß gestern die niederländische Tjalk „Fredorika“, mit Glas und Seide nach Le Havre über Yarpouth bestimmt, 21 Meilen nordwestlich von Waterrog von einem deutschen U-Boote in Brand geschossen wurde. Die Besatzung ist glücklich in Schoeveningen gelandet.

Die Sitzung des Moskauer Sowjetkongresses.

Stockholm, 11. Juli. (tu.) Sozialdemokraten veröffentlichten ein Telegramm aus Petersburg über die Sitzung des Moskauer Sowjetkongresses, zwei Tage vor Mirbachs Ermordung. Die Stimmung war schon damals so erregt, daß man das Schlimmste erwarten mußte. Als der russische Delegierte für die Ukraine, Alexandrow, den Grafen Mirbach als Leiter der deutschen Imperialisten bezeichnete, erfolgte stürmischer Beifall auf den Bänken der Sozialrevolutionären. Nach Schluß der Rede Alexandrows erschollen minutenlange Rufe: Nieder mit Brest, nieder mit Mirbach. Nur mit großer Mühe konnte die Ordnung wieder einigermaßen hergestellt werden. Legationsrat Riezler saß während dieser Sitzung in der Diplomatenloge.

Genf, 11. Juli. (tu.) Der Sonderberichterstatter des Temps meldet, der Petersburger Sowjet habe an alle Sowjet im Norden telegraphiert und ihnen die Bewachung der Murmanküste vorgeschrieben. Die Eisenbahnlinien und Brücken müssen bewacht, die Reisenden untersucht und die Gegenrevolutionäre verhaftet werden. Ferner wird die Bereitstellung der Roten Garde angeordnet und die Bevölkerung mit starken Vergeltungsmaßregeln bedroht.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 11. Juli.

Merkblatt für den 12. Juli.

Sonnenaufgang	4^{52}	Mondaufgang	9^{42} V.
Sonnenuntergang	9^{17}	Monduntergang	10^{36} N.

— Hornist Kurt Bretschneider, Sohn des Herrn Fleischerobermeister Richard Bretschneider in Wilsdruff, Inhaber der Friedrich August-Medaille, erhielt das **Eiserne Kreuz 2. Klasse.**

— Am Mittwoch abend von ½7 Uhr an hielt im Anschluß an die Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins **der konservative Verein des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff** eine Hauptversammlung unter Vorsitz des Herrn Schuldirektor Thomas ab, die gut besucht war. Der Herr Vorsitzende begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Vortragenden, Herrn Pfarrer Starke aus Eibenstock, der sich als Thema die Frage gestellt hatte: „Warum ist die konservative Partei wenig volkstümlich?“ Ausgehend davon, daß in der Jetztzeit viel politisiert werde, höre man von der konservativen Partei gegenüber Liberalismus und Sozialdemokratie wahrlich wenig. Die werbende Tätigkeit trete in dieser Partei wesentlich zurück gegenüber den genannten beiden Parteien. Daß die Partei wenig volkstümlich sei, habe seinen Grund in den zur Partei gehörenden Personen und in der Sache des Konservatismus selbst. Man werfe der Partei vor, daß sie zu viel persönliche Interessenwirtschaft treibe, zu wenig volkstümlich sei und daß es der Partei an jüngeren Arbeitskräften und an Mitteln und geringer Organisation fehle. Ueber die eigentlichen Zwecke und Ziele der Partei herrsche bedauerliche Unkenntnis und ein falsches Urteil. Vor allen Dingen fehle es auch an einer erobernden Presse, die sich in den Dienst der Partei stelle, während andere Parteien genügend Organe haben, die ihre Zwecke und Ziele vertreten. Es stehe zu erwarten, daß nach dem Kriege auch die konservative Sache neue Anhänger finden werde. Es sei Aufgabe der Mitglieder, überall werbend für die Partei einzutreten. — Für die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen dankte der Herr Vorsitzende im Namen der Versammlung und eine kurze Aussprache schloß sich dem Vortrage an.

— **Tagesordnung** für die öffentliche Stadtverordnetensitzung Freitag den 15. Juli 1918 abends 7 Uhr. 1. Eingänge und Mitteilungen. 2. Angebot auf Bezug von Kriegsbeutehelme. 3. Ersatzbeschaffung für die eingegangene Hindenburgeiche. 4. Beschaffung von 3 Minimaxfeuerlöschapparaten für die alte Schule. 5. Gesuch um Beschaffung eines Kachelofens in einer Mietwohnung des Stadthauses. 6. Verkauf des Baumwollriemens im Elektrizitätswerke. 7. Beitrag zur Kolonialkriegsspende. 8. Gesuch der Liedertafel um Genehmigung zur Anbringung einer Gedächtnistafel für Kantor Zebiler an der alten Schule und Umbenennung der Schulstraße in Zedtlerstraße. 9. Einrichtung von Haustelephon in der alten Schule. 10. Erhöhung der Verzinsung der Guthaben in der Stadtgirokasse. 11. Jahresrechnung. 12. Bausache Leibger. 13. Personalsache. 14. Verschiedenes.

— **Keine Einjährig-Freiwilligen mehr?** Eine wichtige Tatsache ist durch eine überraschende Mitteilung im Staatshaushaltsausschusse des preußischen Abgeordnetenhauses bekannt geworden. Der preußische Unterrichtsminister hat nämlich erklärt, die Heeresleitung erwäge die Abschaffung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes. In der Oeffentlichkeit ist diese wichtige Frage vor dem Kriege zuweilen erwogen worden, teils vom Standpunkt der Bedürfnisse des Heeres, teils im Zusammenhange mit der Frage, ob die höheren Schulen dadurch entlastet werden könnten. Die Bedürfnisse des Heeres sind wie bekannt verschiedenfach beurteilt worden. In Sachsen wurde der einjährig-freiwillige Dienst nach 1866 eingeführt, als der Norddeutsche Bund gegründet worden war und damit die preußischen Heereseinrichtungen auf die der übrigen Bundesstaaten übergriffen.

— **Verbesserung der Zugverbindung zwischen Hamburg und Sachsen.** Von sächsischen Kreisen ist die Anregung ausgegangen, es möchte eine bequeme und schnelle Verbindung Sachsens mit Hamburg geschaffen und zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten und Unterbrechungen, die der Weg über Berlin nach den Nord- und Ostseehäfen mit sich bringt, eine kürzere Verbindung mit Hamburg von Dresden über Leipzig unter Umgehung von Berlin hergestellt werden. Hamburgische Kreise haben diese Anregung lebhaft unterstützt und den dringenden Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß sobald wie irgend möglich, jedenfalls auch schon für die Zeit der Uebergangswirtschaft nach dem Kriege diejenigen Verkehrsverbindungen wiederhergestellt und soweit möglich noch verbessert werden, die früher zwischen Hamburg und Sachsen bestanden haben. Vom Ministerium hierzu zu einer gutachtlichen Aussprache aufgefordert, schlossen sich die sächsischen Handelskammern in einem gemeinsamen Bericht den vorgebrachten Wünschen allenthalben an und wiesen auf deren große Wichtigkeit für die sächsischen Verkehrsinteressen hin. Sie gaben dabei der Hoffnung Ausdruck, daß bei Führung der Schnellzüge von Hamburg über Leipzig nach Dresden für günstige Anschlüsse nach dem Erzgebirge, dem Vogtland und der Lausitz Sorge getragen wird.

— **Mit der spanischen Krankheit** hat man schon vor 400 Jahren zu tun gehabt. Der Leipziger Chronist Johann Jakob Vogel schreibt aus dem Jahre 1518: „Am 1. Sept. war ein greulicher Nebel — darauff ein unerhörtes Hauptweh erfolgete — diese Seuche gieng fast durch ganz Deutschland — ingemein nennete man sie den Spanischen Pips — weil dergleichen Seuche vor 57 Jahren in Spanien regiret. Andere nennete sie den Schafshusten oder Schaff-Krankheit — die Medici aber Catarrhum Epidemicum — die Italiener haben sie die Narren-Krankheit genennet — weil sie denen Leuten den Kopff eingenommen — daß Sie seltzame und ungereimte Dinge geredet. Es hub sich diese Seuche bey etlichen mit Frost und Kälte — bey andern mit Hitze — bey allen aber mit starken Brechen — Engbrüstigkeit — Heiserkeit — Schnupffen und schweren Husten an — und musten gemeiniglich alle Personen — wenn diese Krankheit in ein Haus kam — derselbigen herhalten — wiewohl niemand daran gestorben.“

— An **Stiftungen für den Ehrenfriedhof** gingen weiter ein:

80. Ungenannt	50 Mark.
81. Frau Wustlich, hier	25 Mark.

— (M. J.) **Einstellung von Reidels Lohnbrüterei.** In dem Betriebe von Rudolf Reidel in Niederwartha (Reidels Hof) ist durch behördliche Untersuchung festgestellt worden, daß die Erfolge der Lohnbrüterei nur gering sind und die Führung des Betriebes nicht diejenige Gewähr bietet, die auch unter den erschwerten Kriegsverhältnissen gefordert werden muß. Da durch ungeeignete Maßnahmen des nicht genügend geschulten Personals größere Mengen von Bruteiern der Geflügelzucht verloren gegangen sind, hat Reidel nunmehr die Lohnbrüterei überhaupt eingestellt. Mit Rücksicht hierauf ist von einer behördlichen Schließung des gesamten Betriebes abgesehen worden.

— **Spreewaldfahrten.** Im Spreewald hat der Wasserstand nach den letzten Niederschlägen wieder seine normale Höhe erreicht. Eine Kahnfahrt durch die Fließe und Wasseradern, unter den schattigen uralten Laubbäumen und vorbei an den Blockhäusern der Wenden gehört zu den genußreichsten Ausflügen.

— **Dresden.** Die Geheimschlächterei in Leubnitz-Neuostra, die Ende April von der Kriminalpolizei aufgedeckt wurde, fand ihr gerichtliches Nachspiel vor der Strafkammer in Dresden. Angeklagt waren der in Dresden wohnhafte Pferdehändler Ernst Gustav Hornuff, der in Nassau geborene, in Dresden wohnhafte Viehhändler und Fleischer Karl Reinhold Renkewitz und der in Leubnitz-Neuostra wohnhafte Ziegelmeister Otto Eduard Scheffler. Der Gedanke, eine Geheimschlächterei anzulegen, entstand dadurch, daß Hornuff, als er im Januar d. J. an Scheffler zwei Pferde verkaufte, gestand, daß er ein Kalb kaufen könne, aber nicht wisse, was er damit anfangen solle. Daraufhin schlug Scheffler, der eine zahlreiche Familie zu ernähren hat, dem Hornuff vor, das Kalb zu kaufen und in seiner Ziegelei zu schlachten. Damit war der Grund zu der Geheimschlächterei gelegt. Da Hornuff nicht Mitglied des Viehhandelsverbandes war und deswegen bei Vieheinkäufen Schwierigkeiten haben würde, trat Renkewitz auf den Plan, obwohl diesem wegen einer Verfehlung und Bestrafung im August 1917 bereits die Mitgliedschaft des Viehhandelsverbandes entzogen worden war. Als Abnehmer kamen zwei Fremdenhöfe in Dresden in Frage. Im Durchschnitt wurden für ein Pfund Fleisch 6 Mark gezahlt. Das Urteil lautete gegen Hornuff auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und 8320 Mark Geldstrafe oder weitere 2 Jahre Gefängnis, gegen Renkewitz auf 6 Monate Gefängnis und 1200 Mark Geldstrafe oder weitere 120 Tage Gefängnis, gegen Scheffler auf 9 Monate Gefängnis und 2664 Mark Geldstrafe oder weitere 266 Tage Gefängnis. Die Ueberschüsse der überschrittenen Höchstpreise in Höhe von 5342 Mark werden eingezogen.

— **Dresden.** In dem Prozeß gegen die Mörder des Deutschen Robert Prager aus Dresden, der im Staate Illinois gelyncht worden ist, wurden nach einem Bericht der Voss. Ztg. sämtliche elf Angeklagte nach kurzer Beratung der Geschworenen einstimmig freigesprochen. Der Verteidiger der Angeklagten entschuldigte ihre Handlungsweise mit der Entwicklung der ungeschriebenen Gesetze, die der Krieg hervorgerufen habe. Er führte als Beweismittel hierfür die Aeußerung des ehemaligen Botschafters Gerard an, der für die angeblich angedrohten deutschen Reservisten in Amerika 500000 Laternenpfähle bereithalten wollte. Wenn sich ein patriotischer Staatsmann wie Gerard zur Notwendigkeit des ungeschriebenen Gesetzes bekenne, so dürfe dies den Angeklagten keineswegs als Verbrechen angerechnet werden.

— **Cossebaude.** In der hiesigen Pflege sind rund 600 Zentner Kirschen geerntet worden. Hiervon haben die hiesigen Bewohner zunächst je 2 Pfund vorschriftsmäßig erhalten, die übrigen Mengen sind teils in die Dorfgemeinden des Bezirks, teils an die Stadtgemeinde Dresden abgegangen. Die Früchte waren von ausgezeichneter Beschaffenheit.

— **Meißen.** Von der Gendarmerie sind im Juni 1065 Fälle von Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen usw. zu behandeln gewesen, darunter wegen strafbaren Jagens und Fischens 2, Brandstiftung 3, Betrugs 1, Erpressung 1, Diebstahls und Unterschlagung 45, Körperverletzung 1, straßenpolizeiliche Uebertretungen 2, Verletzung sonstiger Strafbestimmungen 104, darunter 56 wegen Uebertretung kriegswirtschaftlicher Vorschriften. In Erörterungs- und sonstigen Dienstangelegenheiten sind 854 Anzeigen zu erstatten gewesen. Festgenommen wurden 37 Personen, und zwar wegen Diebstahls 4, Verletzung sonstiger Strafbestimmungen 11, Haftbefehls, Ausschreibens in Fahndungsblättern 22. Diebstähle kamen 22 schwere und 25 einfache zur Anzeige, wovon bei 13 schweren und 21 einfachen die Täter ermittelt wurden. Außerdem sind von 9 schweren Diebstählen aus vorhergehenden Monaten die Täter in diesem Monat festgestellt worden. Brände kamen drei vor, wovon zwei auf Fahrlässigkeit und einer auf Selbstentzündung schließen lassen.

— **Borna.** Pech beim Stehlen hat hier ein vom Kriegsdienst reklamierter junger Mann gehabt. Mit zwei Freunden begab sich der Betreffende auf ein Feld, um dort Kartoffeln zu stehlen. Hierbei nahmen sie ihren Weg durch ein Roggen- und ein Haferfeld und beschädigten diese Felder durch Niedertreten ganz erheblich. Der Zufall wollte es, daß der junge Mann dabei eine Brieftasche, die außer einem Geldbetrag von 40 Mark auch den Militärpaß und seine sonstigen Ausweispapiere enthielt, verlor. Diese Sachen wurden von dem bestohlenen Grundstückbesitzer gefunden und der dortigen Polizei übergeben, der es nun ein leichtes war, die Diebe zu ermitteln.

— **Oschatz.** Ein überraschender Willkommengruß wurde einem Feldgrauen zuteil, der, von der Front kommend, auf seine Frau und Kinder am hiesigen Bahnhof wartete, da er einen Zug später telegraphiert hatte. Um ihnen nun die Wiedersehensfreude und den Empfang an der Bahn nicht zu verderben, wartete er diese Zeit, bis seine Angehörigen kamen. Die Wiedersehensfreude war so groß und rührend, daß ein stiller Beobachter dem Feldgrauen einen in die Hand drückte. Als sich derselbe bedanken wollte,

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

war der edle Spender, ohne zu sagen wer er war, mit dem Zuge weitergefahren. Der Beschenkte besah sich nun erst die Spende — es war ein Hundertmarkschein.

— **Leipzig.** Eine Versammlung der Schneiderinnung beschloß im Einvernehmen mit dem Verband der Arbeitgeber für das Schneidergewerbe eine abermalige Erhöhung der Anfertigungspreise für Herren- und Damenkleider bei zugebrachten Stoffen, ebenso für Uniformen. Der gesamte „Wendetarif" ist gleichfalls um 20 v. H. erhöht worden. Entsprechende Preiserhöhungen haben auch die für Uniformen und Damenkleider aufgestellten besonderen Preislisten zu verzeichnen.

2. Klasse 173. Kgl. Sächs. Landes-Lotterie.

1. Ziehungstag am 10. Juli 1918.

Ohne Gewähr. — (Nachdruck verboten.)

3000 Mark auf Nummer 16547, 72909, 81865.

2000 Mark auf Nummer 13607, 16513, 20574, 20870, 55410, 64124, 68117, 97136, 108764.

1000 Mark auf Nummer 11924, 17895, 18014, 68578, 76405.

500 Mark auf Nummer 16000, 18940, 20165, 27123, 27624, 30318, 31518, 37184, 41785, 42939, 49864, 52805, 53758, 56669, 57584, 60081, 64008, 66084, 69785, 72930, 75896, 80518, 81477, 82893, 87364, 87964, 90892, 100082, 102941, 107955.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer i. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Amtlicher Teil.

Diphtherie-Heilsera mit den Kontrollnummern:

1818 bis mit 1843 aus den Höchster Farbwerken,
21 „ „ 26 „ „ Behringwerken in Marburg,
456 „ „ 464 „ dem Serumlaboratorium Ruete-Enoch in Hamburg,
162 „ „ 168 „ „ Sächsischen Serumwerk in Dresden

sind, soweit sie nicht bereits früher wegen Abschwächung usw. eingezogen sind, vom 1. Juli 1918 ab **wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur Einziehung bestimmt worden.**

Dresden, am 8. Juli 1918. 745 IV M.

Ministerium des Innern.

Sonderschuh-Bedarfsscheine.

Vom 15. Juli bis 15. September 1918 kann für den Verbrauch auf Antrag oder Prüfung der Notwendigkeit ein Sonderschuhbedarfsschein ausgestellt werden. Er berechtigt zum einmaligen Bezuge eines Paares:

1. Hausschuhe oder Pantoffeln oder
2. Turn- oder Tennisschuhe oder sonstige Leinenschuhe oder
3. Ball- oder Gesellschaftsschuhe (Spangen- oder ausgeschnittene Schuhe), deren Oberteil aus Seide, Sammet, Brokat oder anderen Stoffen, aus weißem, Bronze-, Gold- oder Silberleder, Wachstuch oder Kunstleder hergestellt ist.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung vom 8. Juni 1918 über Sonderschuhbedarfsscheine verwiesen, die bei den Schuhbedarfsscheinausfertigungsstellen eingesehen werden kann.

Meißen, am 10. Juli 1918. Nr. 738 II N.

2737 **Der Kommunalverband Meißen-Land.**

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat bestimmt, daß bei Betrieben, die im Regelfalle in der Hauptsache mit Wasserkraft arbeiten, für die Frage der Meldepflicht als gewerbliche Großbetriebe nicht der Jahresdurchschnitts-Verbrauch, sondern der Durchschnitt der Kohlenbedarfsmonate als Grundlage zu nehmen ist, daß diese Betriebe also der Meldepflicht unterliegen, wenn sie in der wasserarmen Zeit durchschnittlich mehr als 10 Tonnen Brennstoff im Monat verbrauchen.

Aehnliches gilt nach derselben Verfügung des Herrn Reichskommissars auch für diejenigen Betriebe welche die Brennstoffe in der Hauptsache zur Heizung ihrer Fabrikationsräume gebrauchen und in den Sommermonaten demzufolge nur einen geringen Bedarf haben. Diese Betriebe würden also als meldepflichtige gewerbliche Verbraucher zu gelten haben, wenn sie im Durchschnitt der Heizperiode einen monatlichen Brennstoffverbrauch von mindestens 10 Tonnen haben.

Die in Frage kommenden Betriebe werden veranlaßt, der Kriegsamtsstelle Dresden zur Feststellung der Meldepflicht die notwendigen Angaben über den Kohlenverbrauch seit Juli 1916 (in Aufstellung nach den einzelnen Verbrauchsmonaten) einzureichen.

Meißen, am 6. Juli 1918.

2739 **Die Königliche Amtshauptmannschaft.**

Fleischzulage für Erntearbeiter.

Auf Grund einer Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern wird für den Kommunalverband Meißen-Land einschließlich der rev. Städte Nossen, Lommatzsch und Wilsdruff folgendes bestimmt:

1. **Die nicht an einer Hausschlachtung teilnehmenden Erntearbeiter** — und zwar sowohl das Gesinde und die für die Ernte dauernd angenommenen Hilfskräfte, wie auch die selbst mitarbeitenden Betriebsinhaber — **erhalten in der Zeit vom 5. bis 31. August d. J. eine Ernte-Fleischzulage von wöchentlich 150 g auf den Kopf.**
2. **Nicht zulageberechtigt** sind diejenigen Personen,
   a) die an einer Hausschlachtung teilnehmen und schon dadurch eine höhere Fleischmenge erhalten,
   b) die in der Ernte nur vorübergehend tage- oder stundenweise als Hilfskräfte beschäftigt werden.
3. Die Zulage wird durch die zuständigen Fleischer auf eine **Fleischzuschlagskarte** für Erntearbeiter gewährt, die die Zulageberechtigten durch ihre Gemeindebehörde erhalten.

   Die Zulage ist unter Vorlegung der Fleischzuschlagskarte rechtzeitig zur Kundenliste anzumelden.
4. Die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber haben die Namen der nach Ziff. 1 zulageberechtigten Erntearbeiter **bis zum 17. Juli 1918** den Gemeindebehörden anzuzeigen.

   Nicht fristgemäß angemeldete Personen können bei der Zuteilung der Zulage nicht berücksichtigt werden.
5. Die Gemeindebehörden haben die Anzeigen auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen und die Zahl der zulageberechtigten Erntearbeiter **bis zum 22. Juli 1918** der Amtshauptmannschaft anzuzeigen.

   Gemeinden, die die Anzeige nicht fristgemäß erstatten, werden bei der Zuteilung der Zulage nicht berücksichtigt.
6. Nach Prüfung der Anzeigen wird die Amtshauptmannschaft den Gemeindebehörden die erforderliche Anzahl von Fleischzuschlagskarten für die Erntearbeiter übersenden.

   Die Gemeindebehörden haben diese Karten **nach Aufdrückung des Gemeindestempels** an die Zulageberechtigten bezw. an die Betriebsinhaber auszugeben.
7. Die erforderliche Mehrzuteilung von Schlachtvieh an die Schlachtstätten erfolgt durch die Amtshauptmannschaft.
8. Fallen in der Zeit vom 5. bis 31. August bei einer Person die Voraussetzungen für die Gewährung der Fleischzulage für Erntearbeiter weg, so sind die für den Betreffenden ausgegebenen Fleischzuschlagsmarken sofort an die Gemeindebehörde zurückzugeben.
9. Die Fleischzuschlagsmarken dürfen nur durch den für den zulageberechtigten zuständigen Fleischer beliefert werden und nur innerhalb der Woche, in der sie Gültigkeit haben.

   Der Fleischer hat die Marken von der Zuschlagskarte abzutrennen und mit den Reichsfleischmarken an den Kommunalverband abzugeben.
10. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Meißen, am 10. Juli 1918. Nr. 452 II L.

2738 **Kommunalverband Meißen-Land.**

Inseraten-Teil.

Auch mir hat der Tod mein Liebstes genommen.

Anstatt seines Urlaubes erhielt ich plötzlich und unerwartet die mir fast unglaubliche, tieftraurige Nachricht, daß mein über alles geliebter, treusorgender Gatte, Vater seines noch einzigen Kindes, unser lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Otto Wagner

Gefreiter im Infanterie-Reg. Nr. 102, 12. Komp.
Inh. des Eisernen Kreuzes 2. Kl. und der Friedrich August-Medaille

seiner am 24. Juni erlittenen schweren Verwundung noch am selbigen Abend erlegen ist.

Wilsdruff, Mohorn, Dresden 28, Rabenauer Str. 26, im Juli 1918.

Die tieftrauernde Gattin
Martha Wagner geb. Schubert
und Sohn **Alfred**
im Namen aller Hinterbliebenen.

2733

Sehen Sie

Ihren Bedarf in Drucksachen nach und decken Sie sich beizeiten mit solchen, bevor die Papierpreise noch höher steigen. Die Buchdruckerei dieses Blattes liefert jede Art Drucksachen in geschmackvoller und sauberer Ausführung in :: schwarz und farbig. ::

Intelligentes, jüngeres
Fräulein (Kontoristin)
sucht baldigst Stellung.
Zschoche, Meißen,
2736 Großenhainer Str. 33.

Hausmädchen,
nicht unter 16 Jahren, wird für kinderlosen Haushalt in Wilsdruff gesucht. Zu erfragen unter **2740** in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Montag früh 6 Uhr verschied unerwartet unsere liebe Mutter

Auguste Zschoche

in ihrem 60. Lebensjahre.

Dies zeigen hierdurch tiefbetrübt an

Wilsdruff, am 11. Juli 1918

2741 **Die trauernden Kinder.**

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Ein 4jähriger, schwarzbrauner Wallach
unter voller Garantie zu verkaufen. 2742
Kesselsdorf, Gebr. Ferch.
am Bahnhof. — Fernsprecher Amt Wilsdruff Nr. 471.

Nachruf!

Dem langjährigen Ehrenmitglied und Mitbegründer der Freiwilligen Feuerwehr
Herrn Schuhmachermeister
Louis André
rufen wir für seine frühere Tätigkeit ein
„Ruhe sanft!"
in die Ewigkeit nach. 2743
Die Freiw. Feuerwehr zu Wilsdruff.

An die Schulen des Bezirkes!
Ankaufsstelle für Dürrlaub
bei **Louis Seidel, Bahnhof Wilsdruff.**
Rege Sammeltätigkeit erwünscht. Versicherungsschutz der Leiter und Kinder besteht. 2721

Ein paar 3jährige schwarzbunte
Zugochsen
verkauft preiswert

Arthur Täubrich, Herzogswalde.
2734 Fernsprecher: Amt Mohorn Nr. 3.

Kräftige Arbeiter, Burschen und Frauen
werden eingestellt.
Vereinigte Strohstoff-Fabriken
2754 **Coswig-Sa.**

Der Verein Heimatdank
will aus allen Kreisen des Volkes diejenigen, die für unsere Kriegsbeschädigten mit arbeiten und mit opfern wollen, zusammenfassen, damit sie sich vereint dieser Fürsorge widmen und deren Kosten nach Kräften tragen.